

# info0525

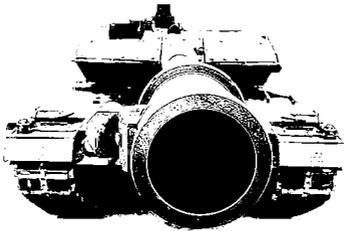
Zweimonatige Informationen der AG International Dorfen ★ Mai/Jun 2025

## Zölle, Konflikte und Aufrüstung weltweit - Was tun gegen die wachsende Kriegsgefahr?

Die Mitglieder der SPD haben den Koalitionsvertrag abgesegnet. Damit kommt nun eine Regierung aus CDU, CSU und SPD zustande, die wieder auf jene wirtschafts- und sozialpolitischen Rezepte setzt, mit denen die Schröder-Regierung vor 20 Jahren für einen Armutsschub in Deutschland sorgte. Damals wie heute hieß es, es brauche weniger Staat und weniger Bürokratie, mehr Markt und mehr Eigenverantwortung, mehr Fördern als Fördern um Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen.

An dem ‚mehr‘ und an dem ‚weniger‘ lässt sich erkennen,

dass sich die verschiedenen Regierungsparteien und -koalitionen der letzten Jahrzehnte nur graduell, sozusagen im ‚Wie‘ unterscheiden. Über das



‚Was‘, die sogenannte Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sind sie sich einig. Weil diese uns tagein tagaus auf allen Kanälen dermaßen um die Ohren gehaut wird, bis es niemand mehr hören kann

und damit es niemand mehr hinterfragen will, sollte man sich doch vor Augen führen, was es im Kern bedeutet: Es bedeutet die ganze Gesellschaft immer wieder so einzurichten, dass Investmentfonds, Aktionäre und andere Spekulanten ihr Geld lieber in Deutschland anlegen als anderswo, weil sie hier ihr Geld am stärksten vermehren können. Also Unternehmenssteuern runter, Lohnkosten runter, Aufweichung von Arbeitsschutzregeln und Investitionsförderung in Form von günstigen Krediten, günstiger Energie und dem Bau benötigter Infrastruktur wie Autobahnen und Flughäfen

# Allein machen sie dich ein ...

Deshalb solltest du dich mit Gleichgesinnten zusammennutzen, zum Reden, Lernen, Handeln - z.B. mit uns? Interesse? Dann schreib uns oder sprich uns auf Veranstaltungen an.

Das **info** der Arbeitsgemeinschaft International Dorfen erscheint jeden ungeraden Monat und ist gratis. Es liegt in Kneipen und Läden in Dorfen und Umgebung aus und kann auf [agi-dorfen.org/info](mailto:agi-dorfen.org/info) heruntergeladen werden.

Wer Termine oder Texte in diesem **info** veröffentlichen will, schickt dies bitte per E-Mail an [info@agi-dorfen.org](mailto:info@agi-dorfen.org). Wir behalten uns jedoch vor, zugesendetes Material aus inhaltlichen oder technischen Gründen nicht zu veröffentlichen.

*Herausgeberin:*  
AG International Dorfen

*Internet:*  
[www.agi-dorfen.org](http://www.agi-dorfen.org)

*Kontakt:*  
[info@agi-dorfen.org](mailto:info@agi-dorfen.org)

*V.i.S.d.P.:*  
Stefan Brandhuber  
Mühlangerstr. 12  
84405 Dorfen

*Eigendruck im  
Selbstverlag*

auf Staatskosten. Die logischen Folgen sind eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und eine steigende Staatsverschuldung.

Aber zurück zum ‚Wie‘: Konkret will die neue Regierung Verschärfungen für Bürgergeldbezieher:innen einführen, eine Aufweichung des 8-Stunden-Tags und weniger Qualifizierung von Arbeitssuchenden. Auf der anderen Seite kündigt sie die Auflegung eines neuen 10 Mrd. schweren Deutschland-Fonds zur Förderung von Unternehmen an und die Absenkung der Körperschaftssteuer von 15 auf 10%. Mit einer sogenannten „Frühstartrente“ möchte sie den Einstieg in eine vom Finanzmarkt abhängige Altersvorsorge und beim Mindestlohn ist sie sich zwar uneinig darüber, ob 15 Euro angebracht sind, aber einig darüber, dass sie ihn nicht selber festlegen will.

In einer derart auf Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Politik ist es nur konsequent, wenngleich auch erbärmlich und menschenverachtend, wie mit Geflüchteten umgegangen wird. Ungeachtet der konkreten Bedürfnisse der aus Kriegs- und Armutsgebieten Geflohenen will die neue Regierung weitere Leistungen für im Land lebende Asylsuchende kürzen, möglichst viele von ihnen abschieben, freiwillige Aufnah-

meprogramme beenden und an den Grenzen keine weiteren mehr reinlassen.

Der Armutsforscher Professor Butterwegge kommt nach einer Analyse des Koalitionsvertrages zu folgendem Schluss: „Man muss daher kein Prophet sein, um vorausagen zu können, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich unter der Koalition von CDU, CSU und SPD weiter vertiefen wird. Denn die Konzepte der neuen Regierung lassen erwarten, dass sie die Reichen reicher und die Armen zahlreicher macht.“

Mit welchen Mitteln und wie drastisch die Merz-Regierung das angehen wird, lässt sich momentan nur erahnen. Denn wenn Merz etwas ankündigt oder verspricht, kann er anschließend genauso gut das Gegenteil davon tun. Das wissen wir spätestens seit seiner Hinwendung zur AfD kurz vor der Wahl und seiner Abwendung von der Schuldenbremse kurz nach der Wahl. Um sich nicht noch unglaubwürdiger zu machen und weiter in der Wählergunst zu sinken – aktuellen Umfragen zufolge würde es bei Neuwahlen für CDU, CSU und SPD schon nicht mehr zu einer Regierungsmehrheit reichen – wurden deshalb praktisch alle vereinbarten Staatsausgaben unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt. Mit einer ganz ganz

großen Ausnahme und damit bin ich nun beim eigentlichen Thema meiner Rede.

## Aufrüstung - whatever it takes

Keinen Vorbehalt, ja nicht einmal eine obere Kosten-  
grenze soll es künftig für die  
Militarisierung Deutschlands  
geben. Ersten Schätzungen  
zufolge könnten es zwischen  
3,5 und 4% des deutschen BIP  
sein, die die neue Regierung  
jährlich fürs Militär ausgeben  
will. Das wären jedes Jahr  
unglaubliche 150 bis 180  
Milliarden Euro bzw. ein  
Drittel des Bundeshaltes!

Mit diesen Riesensummen  
geliehenen Geldes sollen alle  
Waffengattungen teilweise  
erheblich ausgebaut werden.  
Insbesondere in die Drohnen-  
produktion soll investiert  
werden. Ein Vorschlag aus  
der Rüstungsindustrie steht  
momentan ganz hoch im  
Kurs: Die Errichtung eines  
sogenannten „Drohnenwalls“  
gen Osten, der aus abertausenden  
bewaffneten Angriffsdrohnen  
besteht.

Generell soll die eigene, deutsche  
Rüstungsproduktion extrem  
ausgeweitet und möglichst  
unabhängig von ausländischen  
Herstellern und Zulieferern  
werden. Unternehmen, die  
irgendwie dazu beitragen  
können, sollen gezielte  
Förderungen erhalten. Während

die Friedensbewegung aufgrund  
der schrecklichen Erfahrungen  
mit Hochrüstung vor dem  
Ersten und dem Zweiten  
Weltkrieg fordert „Schwerter  
zu Pflugscharen“ lautet die  
offizielle Devise in Deutschland  
und der EU nun „Pflugscharen  
zu Schwerter“ bzw. Auto- und  
Bahnfabriken zu Panzerfabriken.

## „Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Völkern sondern zwischen oben und unten“

Um Kasernen und andere  
militärische Anlagen schneller  
und leichter errichten zu  
können sollen im Bau-,  
Umwelt- und Vergaberecht  
Ausnahmeregelungen  
geschaffen werden. Weils der  
CSU und den Freien Wählern  
in Bayern mit der Militarisierung  
nicht schnell genug gehen  
kann, haben sie letztes Jahr  
bereits das sogenannte  
„Bundeswehrfördergesetz“  
verabschiedet. Es befreit  
militärische Bauvorhaben von  
der bisher gültigen  
Zustimmungspflicht der  
jeweiligen Kommune. Damit  
gibt es in Bayern schon keine  
rechtliche Möglichkeit mehr,  
z.B. mit einem Bürgerentscheid  
die Errichtung militärisch  
genutzter Anlagen und  
Gelände zu verhindern.

Mit einer Propagandaoffensive  
sollen junge Menschen für

das Soldatentum geworben  
und der Bevölkerung mehr  
patriotische Gesinnung und  
Sympathie für die Bundeswehr  
beigebracht werden. Die  
Wehrerfassung ist bereits  
beschlossene Sache. Die  
Wehrpflicht ist bereits im  
Gespräch, falls sich zu  
wenige freiwillig zum Dienst  
an der Waffe melden.

Die Informationsstelle  
Militarisierung in Tübingen,  
die seit Jahrzehnten  
Rüstungs- und Militärpolitik  
recherchiert, analysiert  
und kritisch kommentiert,  
schreibt in einer  
Stellungnahme: „Der  
Koalitionsvertrag von  
CDU/CSU und SPD 2025  
ist ein Aufrüstungs-  
Koalitionsvertrag, ... Die  
Bundesrepublik ist unter  
der Merz-Klingbeil-  
Regierung auf dem Weg  
in eine Militärrepublik.“

Was vor 3 Jahren als  
sogenannte „Zeitenwende“  
mit einem 100 Mrd.-  
Sondervermögen fürs  
Militär begann wird  
unter der neuen  
Regierung zum größten  
Aufrüstungs- und  
Militarisierungsprogramm  
auf deutschem Boden  
seit Hitler.

## Auch Europa rüstet auf

Aber damit noch nicht  
genug, denn auch in  
Europa treiben vor allem  
Deutschland und Frankreich  
die Militarisierung voran  
und das nicht erst seit  
dem Angriff Russlands  
auf die Ukraine vor 3  
Jahren.

Schon 2012 bzw 2019 haben sie die Rüstungs-Megaprojekte MGCS (Main Ground Combat System) und FCAS (Future Combat Air System) gestartet. Mit den kürzlich von der EU beschlossenen Rüstungskrediten i.H.v. 800 Mrd. erfahren dies einen großen Schub, der allerdings noch lange nicht ausreichen wird. Einer Greenpeace-Studie zufolge liegen die Gesamtkosten der beiden Monster-Projekte bei etwa 2 Billionen Euro.

Bis Europa vollkommen auf die Augenhöhe der USA und anderer Atomkräfte hochgerüstet ist sollen US-Mittelstreckenwaffen der Typen SM-6, Tomahawk und die Hyperschallrakete Dark Eagle in Deutschland stationiert werden. Insbesondere Dark Eagle, die in 10 Minuten Moskau erreichen und z.B. Putin töten und den Kreml zerstören könnte, gilt für Russland als auf keinen Fall hinnehmbare Bedrohung.

Diesem ganzen Wahnsinn setzte Manfred Weber, der nicht nur der Mann der CSU in Brüssel sondern dort auch Vorsitzender der EVP, also der Konservativen Fraktion im EU-Parlament ist kürzlich die Krone auf, als er forderte, „Angesichts der Bedrohungen ... unser Denken in Europa jetzt auf Kriegswirtschaft um[z]ustellen“. KRIEGSWIRTSCHAFT – hat der Mann, hat die EVP, hat die CSU noch alle

Tassen im Schrank? Welche Bedrohungen meint er, die es erfordern würden, Europa auf KRIEGSWIRTSCHAFT umzustellen?

Er behauptet: „Europa steht militärisch allein in einer Welt von Stürmen. Leider Gottes sind wir dabei auch noch ziemlich nackt“ – Was für eine absurde, völlig wirklichkeitsfremder Blödsinn!

Erstens sind fast alle Staaten in Europa Mitglied der NATO, dem absolut mächtigsten Militärbündnis der Erde.

Zweitens verfügen diese europäischen NATO-Staaten alleine, also ohne die USA, über die doppelte Anzahl an Kampflugzeugen, über dreimal so viele Panzer, über dreimal so viele Artilleriesysteme und über zweieinhalb mal so viele aktive Soldaten wie Russland. Einzig bei den Atomwaffen, deren Wirkung aber weniger quantitativ zu beurteilen ist, hat Russland etwa ein Zehnfaches an Sprengköpfen wie Frankreich und Großbritannien zusammen.

Drittens: Die ‚Stürme‘, von denen Weber spricht, kommen nicht von alleine in die Welt, sondern werden von Staaten und Bündnissen ausgelöst und leider oft weiter angefacht. So z.B. als die führenden EU-Staaten mit ihren Politikern wie Weber an der Spitze, im April 2022

die Gelegenheit nicht erkennen wollten, in der Ukraine einen Waffenstillstand zu erzielen. Stattdessen beschwor man die Ukraine, dass sogar ein militärischer Sieg gegen Russland möglich wäre, man würde umfangreiche militärische Hilfe dazu leisten. Bis heute hat dieser Kriegskurs hunderttausende Tote, Verletzte und Traumatisierte, Millionen Vertriebene und Verarmte auf beiden Seiten gekostet und der Ukraine einen deutlich schlechteren Ausgangspunkt für Verhandlungen beschert.

Die Behauptung, Europa sei wehrlos und sähe sich kurz- oder mittelfristig einem Angriff Russlands gegenüber, würde es sich nicht sofort und mit allen Mitteln kriegstüchtig machen, ist eine Lüge. Und wie jede Lüge, soll auch diese jemanden in die Irre führen und die Wahrheit verdunkeln. Nämlich die Wahrheit, dass die EU-Führungsmächte Europa zu einer Weltmacht neben den USA und China machen wollen.

## Weltmacht USA

Wie sich eine Gesellschaft auf dem Weg zur Weltmacht und als solche verändert sehen wir aktuell auf erschreckende Weise in den USA. Letztes Jahr gaben sie 1 Billion Dollar für ihre monströse Militärmaschinerie mit über 800 Militärstützpunkten weltweit

aus. Die Staatsverschuldung stieg dadurch auf unvorstellbare 35,3 Billionen Dollar. Während die Anzahl der Obdachlosen stark steigt und das soziale Elend in Gefängnissen und den Armutsvierteln wütet werden Reiche immer reicher und irgendwann zu Superreichen wie Musk, Bezos oder Zuckerberg.

Trump mag ein außergewöhnlich ungebildeter und blöder Politiker sein, aber er verkörpert sehr gut, was einem Teil der herrschenden Klasse der USA seit geraumer Zeit auf den Nägeln brennt: Der radikale Bruch mit bisherigen Polit-Strategien um den weiteren Aufstieg Chinas zu verhindern, die alleinige Führungsrolle der USA in der Welt zu bewahren und die Reichen in den USA noch reicher zu machen.

Ob der von ihm entfesselte Wirtschaftskrieg den gewünschten Erfolg bringen wird, muss bezweifelt werden. Denn die extremen Zölle untergraben die Stellung des Dollars als Weltleitwährung und lassen die Preise und folglich auch die Proteste im Lande steigen.

Will die Milliardärsclique um Trump weiter am Ruder bleiben, muss sie diese Zollpolitik zumindest abschwächen oder ein faschistisches Regime errichten, das alle sozialen Proteste einfach niederschlägt

und die wirtschaftlichen Verluste mit militärischen Mitteln ausgleichen will. Z.B. durch die Erpressung wichtiger Bodenschätze der Ukraine oder durch den Einmarsch in Grönland.

Was würde eine von Deutschland und Frankreich geführte EU in letzterem Falle tun? Dänemark militärisch beistehen und solange mit Waffen beliefern, bis die US-Armee aus Grönland vertrieben ist? Solche Szenarien klingen zwar völlig absurd, sind aber Teil der strategischen Überlegungen der EU. Und je mehr die EU aufrüstet umso denkbarer werden sie.

## Solidarität statt Konkurrenz

Der 1. Mai wird seit 1890 weltweit als internationaler Kampftag der Arbeiter:innenbewegung begangen. Eine wichtige Erkenntnis dieser Bewegung war damals bereits, dass man sich gemeinsam und solidarisch gegen die permanenten Versuche der Unternehmer wehren müsse, den Lohn zu drücken, die Arbeitszeiten auszu dehnen oder das Fließband schneller laufen zu lassen. Es galt, sich nicht gegeneinander auszuspielen oder gar aufhet-



Karl Liebknecht

zen zu lassen sondern gesetzliche Regelungen und Tarife zu erkämpfen, die für alle gleichermaßen galten und so ein gewisses Maß an sozialer Sicherheit brachten.

Tragischerweise wurde dieser Gedanke der Solidarität aber nicht als universelles Prinzip verstanden, das natürlich auch im internationalen Maßstab und politisch zu gelten habe. So stimmten zu Beginn des Ersten Weltkriegs die Arbeiterparteien für die Kriegskredite und die Aufrüstung ihrer jeweiligen Staaten, weil sie dem Nationalismus anheim fielen und die Erzählung von der Bedrohung durch Nachbarstaaten glaubten. Erst viele Millionen Tote später kam heraus, dass praktisch alle Staaten insgeheim auf territoriale Zugewinne und profitable Eroberungen hofften.

Im deutschen Reichstag stimmte damals der SPD-Abgeordnete Karl Liebknecht als einziger gegen die Kriegskredite. Er wusste, dass von einem Krieg nur Rüstungsfabrikanten und die Eliten der Staaten profitieren würden, während sich auf den Schlachtfeldern die einfache Bevölkerung gegenseitig umbringt. Lehren aus der Geschichte zu ziehen, bedeutet in diesem Fall einen Satz von Karl Liebknecht sehr ernst zu nehmen. Er sagte damals: „Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern sondern zwischen oben und unten“.

Das bedeutet auch heute, dass Bedrohungen nicht oder in den seltensten Fällen aus dem Ausland kommen. Die Bedrohungen kommen regelmäßig und in jedem Land von oben, von den Reichen und Mächtigen. Sie machen gerade wieder unglaubliche Profite mit Rüstungsaufträgen, sie entwickeln gerade Strategien, wie sie künftig weltweit an wertvolle Rohstoffe kommen und sie wollen um jeden Preis Weltmacht werden oder bleiben. Dafür brauchen sie Un-

zählige, die in ihren Waffenfabriken schuften. Sie brauchen die Bereitschaft ganzer Gesellschaften, Einsparungen, Mehrarbeit und andere Verschlechterungen zugunsten der Kriegsvorbereitung hinzunehmen. Und sie brauchen vor allem Millionen, die bereit sind auf Kommando das ganze produzierte Kriegsgerät auf angebliche Feinde abzufeuern und diese in Stücke zu reißen, auch wenn man freilich diese Feinde gar nicht kennt und unter anderen Umständen mit ihnen auch befreundet hätte sein können.

### Kampf der Kriegsertüchtigung!

Ich bitte euch und fordere euch auf: Lasst euch nicht auf Kriegskurs bringen. Organisiert euch in Antikriegsinitiativen und stärkt eine Bewegung, die zwar noch sehr klein ist, aber größer werden muss und kann.

Auch in den Gewerkschaften gibts leider noch sehr viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten. Denn wie die jüngste Stellungnahme des DGB zu den Ostermär-

schen gezeigt hat, ist man da wie so oft auf Burgfriedenskurs und unterstützt die Ausrüstung. Auch unterstützt die IG Metall vielerorts leider die Umwandlung ziviler Produktionen in militärische, vor allem in der Auto- und Bahnindustrie. Das muss aufhören. Die einzige Konversion, die wir wollen, ist die Umwandlung militärischer Fabriken in zivile - niemals andersrum. Wenn zivile Werke dicht gemacht werden, muss für die betroffenen Kolleg:innen eine andere Alternative als Rüstungsarbeit gefunden und wenn nötig erkämpft werden. Und wir müssen vor allem junge Leute erreichen und ihnen vermitteln, dass es um ihre Zukunft geht, dass sie sich womöglich bald einer Wehrpflicht gegenübersehen und ihr Leben dann viel zu früh enden könnte. Die Reichen und Mächtigen stehen dabei auf der anderen Seite, nicht nur in Deutschland sondern auf der ganzen Welt.

SB

Dieser Text wurde in leicht veränderter Fassung als Rede auf der 1. Mai-Kundgebung 2025 in Dorfen gehalten.



# Wehrpflicht - Ohne uns!

Allen muss deutlich werden: Jeder und jede in unserer Gesellschaft muss einen Beitrag leisten“, sagte Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD) schon Mitte 2024. Was sie damit meinte, steht nun im Koalitionsvertrag von SPD und Union: Die Wiedereinführung des Wehrdienstes.

Nun stellen sich junge Menschen die Frage: Was ist das für eine Gesellschaft, in der ich einen Beitrag leisten soll? Die Antwort ist wenig überraschend und doch enttäuschend. Es ist eine Gesellschaft, in der 81 Prozent der Jugendlichen Angst vor Krieg haben, aber statt Abrüstung und Diplomatie bekommen wir Aufrüstung, US-Raketen und Kriegsdienst. Es ist eine Gesellschaft, in der 67 Prozent der Jugendlichen Angst vor Armut haben. Leider völlig berechtigt: 11 Prozent der Erwerbslosen sind unter 25. Die ver.di-Jugend stellt fest: „Bei weitem nicht jeder junge Mensch, der einen Ausbildungsplatz sucht, findet

ihn auch.“ Jugendarbeitslosigkeit, fehlende Ausbildungsplätze und sinkende Reallöhne befeuern nicht nur die Angst vor Armut, sondern verschärfen die Konkurrenz und erleichtern den Unternehmen schlechtere Ausbildungsbedingungen. Gleichzeitig nimmt der Leistungsdruck zu. Jugendliche bezahlen das immer häufiger mit ihrer Gesundheit. Es ist eine Gesellschaft, in der die Themen Klimaveränderung und Umweltschutz über 60 Prozent der Jugendlichen bewegt, aber statt Einhaltung der internationalen Klimaziele werden massenhaft Waffen produziert und in Kriegsgebiete geliefert. Damit werden Menschen getötet und unsere natürliche Lebensgrundlage wird zerstört.

Der Koalitionsvertrag von SPD und Union ist ein Angriff auf die Rechte der Jugend. Mit Kriegsdienst und Militarisierung von Hochschulen und Forschung sollen wir kriegsfähig gemacht werden. Wer dagegen protestiert, muss in

Anlässlich von 80 Jahren Befreiung vom Nazifaschismus zeigen die AG Film und die Geschichtswerkstatt Dorfen im Taufkirchener Kinocafé den Film *Peppermint Frieden* von Marianne Rosenbaum.

DER POLITISCHE FILM

Jeden 2. Donnerstag im Monat im Kinocafé Taufkirchen

## PEPPERMINT FRIEDEN

Die fünfjährige Marianne, gebeutelt von Hunger und Bombennächten, ist am Ende des Zweiten Weltkriegs mit ihrer Mutter in den Bayrischen Wald geflüchtet. Ein amerikanischer Soldat verteilt Kaugummis und der Friede scheint zurückgekehrt.

Aber der nächste Krieg wirft schon bedrohliche Schatten voraus: Korea! Und dann noch die Atom-bombe! Marianne bekommt Alpträume ...



DONNERSTAG, 8.5.25 | 20:00

KINOCAFÉ TAUFKIRCHEN

Veranstalter: AG Film im GIKS URG © 72 www.giks-dorfen.org/film

8.5.25 | 20 Uhr  
Kinocafé Taufkirchen  
Peppermint Frieden

Die fünfjährige Marianne, gebeutelt von Hunger und Bombennächten, ist am Ende des Zweiten Weltkriegs mit ihrer Mutter in den Bayrischen Wald geflüchtet. Ein amerikanischer Soldat verteilt Kaugummis und der Friede scheint zurückgekehrt. Aber der nächste Krieg wirft schon bedrohliche Schatten voraus: Korea! Und dann noch die Atom-bombe! Marianne bekommt Alpträume ...

► [giks-dorfen.org/film](https://giks-dorfen.org/film)

Zukunft mit härterer Repression rechnen – bis hin zur Ausweisung bei Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Mit Sozialleistungen und Rente können wir nicht mehr rechnen und auch Arbeitsplätze jenseits der Waffenschmieden werden knapper. Denn mit der Umstellung auf Kriegswirtschaft soll vor allem die Rüstungsindustrie aufgebaut und gestärkt werden – das bezahlen wir mit zivilen Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Dabei sagen die Herrschenden offen, worum es ihnen geht: Die Vormachtstellung der NATO-Staaten soll gegen den systemischen Konkurrenten, die Volksrepublik China, verteidigt werden. Gleichzeitig unternimmt der deutsche Imperialismus – nach zwei Weltkriegen – den dritten Anlauf zur Großmacht. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil brachte das schon 2022 auf den Punkt: „Nach knapp 80 Jahren der Zurückhal-

tung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem. Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht



haben.“ Auf diesem Weg gibt es keinen Platz für die Sorgen, Ängste oder gar Wünsche junger Menschen. Darüber gibt es berechnete Wut. Für uns gilt es, diese zu nutzen, sie in wirksamen Protest umzuwandeln. Wie

das klappen kann, zeigen an vielen Orten die Aktionen des Bündnisses „Nein zur Wehrpflicht“. Die Petition gegen die Wiedereinführung des Kriegsdienstes bietet eine inhaltliche Grundlage für gemeinsame Aktionen gegen Bundeswehrauftritte an Schulen und auf Jobmessen und einen Aufhänger für Gespräche – nicht nur darüber, was wir nicht wollen, sondern auch darüber, was wir wollen. Die Bundeswehr ist ebenso wenig eine Zukunftsperspektive wie ein Job in der Rüstungsindustrie. Wir kämpfen gegen Wehrpflicht, Stellenstreichungen und Leistungsdruck, für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen.

*Ronja Fröhlich, Mitglied des Bundesvorstandes der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)*

Diesen Beitrag haben wir der Website [unsere-zeit.de](https://www.unsere-zeit.de) entnommen: <https://www.unsere-zeit.de/wehrpflicht-ohne-uns-2-4802629/>

**uz** **unsere zeit**  
 SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP

# Der sogenannte Radikalenerlass'

Am 28. Februar 1972 war der sog. Radikalenerlass vom Bund (SPD/FDP Regierung unter Kanzler Willy Brandt) und den Ländern beschlossen worden. Ab diesem Zeitpunkt wurde bei allen, die sich im Staatsdienst bewarben, eine „Regelanfrage“ beim Inlandsgeheimdienst (Verfassungsschutz) getätigt. Auch bereits in einem Beschäftigungsverhältnis Befindende wurden überprüft. Die Überprüfung erfasste bundesweit ca. 3,5 Millionen Personen. Ca. 11000 davon mussten sich einem Anhörungsverfahren, das sich oft über Monate und Jahre hinzog, unterziehen. Etwa 1250 Lehrer und Hochschullehrer erhielten Ausbildungs- bzw. Berufsverbot. Auch andere Berufe waren betroffen (Post, Bahn etc.) Dazu kamen 260 Staatsbedienstete, die entlassen wurden. Die Regelanfrage wurde ab 1985 sukzessive abgeschafft, zuletzt 1991 in Bayern. Inzwischen wird der sog. Radikalenerlass als Mittel der Disziplinierung - vor allem in Bayern - wieder praktiziert, wie z.B. der Fall von Lisa Poettinger zeigt.

## Meine eigenen Erfahrungen vor einem halben Jahrhundert

Nach meiner 1. Lehramtsprüfung am Erziehungswissenschaftlichen Fachbereich der Uni Regensburg im Februar 1975, wurde ich zum Referendariat dem Regierungsbezirk Oberpfalz zugeteilt und erhielt einen Beschäftigungsauftrag an der Volksschule in Freystadt bei Neumarkt („begrüßen Sie sehr herzlich in den Reihen der Lehrerschaft des Regierungsbezirkes“). Am 2. Mai, dem Tag der Vereidigung, musste ich unverrichteter Dinge das Schulamt in Neumarkt verlassen, war doch, wie ich später erfuhr, der Inlandsgeheimdienst in meiner Angelegenheit fündig geworden. Wochen später fand bei der Regierung der Oberpfalz eine sog. Anhörung statt, die die gesammelten Erkenntnisse des Inlandsgeheimdienstes zum Gegenstand hatte. Dass auch Erkenntnisse des MAD (Militärischer Abschirmdienst) herangezogen wurden, ergab sich aus dem Vorwurf, ich hätte während meiner Bun-

deswehrzeit am Internationalen Kongress „Jugend gegen Kriegsdienst“ teilgenommen.

Dass die Vorwürfe als nicht besonders gerichtsverwertbar eingestuft wurden, sind einem Schriftwechsel der Regierung der Oberpfalz mit dem Kultusministerium vom Juni 1975 zu entnehmen. Darin heißt es u.a.: „Deshalb kommt die Regierung bei einer Würdigung aller Umstände zu dem Ergebnis, dass ernste Bedenken gegen die Verfassungstreue des Bewerbers nicht in einer Weise, die einer Nachprüfung durch das Verwaltungsgericht standhielte, zu erheben sind.“ Die oberpfälzer Regierung war also eher einer positiven Entscheidung zugeneigt und bat „um Mitteilung, ob mit der beabsichtigten Sachbehandlung Einverständnis besteht“. Daraus aber den Schluss zu ziehen, die Regierung der Oberpfalz in Person von Oberregierungsdirektor Dr. Föttinger, würde die Angelegenheit ganz zu den Akten legen, würde dem Sachverhalt nicht gerecht. Man schlug nämlich vor, „den Bewerber

# HALLO WIE GEHT 'S

EIGENTLICH DEM REST  
DER WELT?

Solidarische Hilfe.  
Globale Gerechtigkeit.  
medico.de



medico international

## IMI Informationsstelle Militarisierung e.V.

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. arbeitet seit 1996 in einem breiten Spektrum friedenspolitischer und antimilitaristischer Themen mit einem starken Fokus auf Deutschland und der Europäischen Union.  
[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

## SOLIDARITÄT VERBINDET



**ROTE HILFE**  
Ortsgruppe Landshut  
[landshut@rote-hilfe.de](mailto:landshut@rote-hilfe.de)

in den Vorbereitungsdienst unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf aufzunehmen“. Und jetzt kommt's: „Selbstverständlich wird die Regierung auch weiterhin bemüht sein, über Schulleiter, Seminarleiter, Schulrat und auf jede sonst geeignete Weise sich sich darüber zu informieren, ob die von hier gestellte Prognose berechtigt war.“ Das Kultusministerium in München dachte aber nicht daran, vorschnell nachzugeben und spielte auf Zeit.

## Neuer Vorwurf: Streikbeteiligung

Ein neuer Vorwurf kam auf den Tisch. Jetzt sollte ein Hochschulstreik Zweifel an meiner Verfassungstreue begründen. Was war passiert? Vor dem Verwaltungsgericht Regensburg war in den Jahren 1973 und 74 vor dem Verwaltungsgericht Regensburg wegen eines Hochschulstreiks verhandelt worden. Ich war nicht als Beschuldigter, sondern als Zeuge geladen. Dazu aus einem Schreiben der Regierung der Oberpfalz an das Kultusministerium: „Aus der Begründung (des Urteils) vom 13.2.1974 geht hervor, dass der damalige Student Elsas offensichtlich in seiner Eigenschaft als Mitglied des AstA-Vorstandes\* als Streikposten eingesetzt war. Darüber hinaus ist ersichtlich, dass er

offenbar mit einer Reihe anderer Streikposten einer Anforderung des Dozenten zum Verlassen des Hörsaales innerhalb von 3 Minuten nicht folge geleistet habe.“

Ende August, der neue Anstellungstermin war in Sichtweite, teilte die zuständige Regierung mit: „Die mit Ihrem Einstellungsgesuch befassten Behörden sind bemüht, die Angelegenheit baldmöglichst, nach Möglichkeit in einigen wenigen Wochen zum Abschluss zu bringen.“ Und wieder passierte wochenlang nichts. Alternativ bewarb ich mich in dieser Zeit bei verschiedenen privaten Einrichtungen, wurde aber entweder als überqualifiziert oder ohne Begründung abgelehnt.

Erst als meine Geduld zu Ende war, und ich im November einen Rechtsbeistand mit der Unterstützung der GEW einschaltete, kam Bewegung in die Angelegenheit. Der Rechtsanwalt bot der Regierung eine „außergerichtliche Lösung“ an und setzte dafür eine Frist bis zum 15. Januar 1976. Sollte die Regierung bis dahin bockig sein, könne „eine gerichtliche Auseinandersetzung nicht vermieden werden“. Dem Briefwechsel zwischen Regierung und Kultusministerium ist zu entnehmen, dass eine gerichtliche Auseinandersetzung für die Behörde als wenig aussichtsreich eingeschätzt wurde.

Und so erhielt ich noch im Januar ein Schreiben „Betreff Einweisung in den Vorbereitungsdienst“. Nach neun Monaten der Unsicherheit und des Hinwartens konnte ich nun am 2. Februar 1976 meinen „Beschäftigungsauftrag an der Volksschule in Postbauer-Heng, Lkr. Neumarkt i. d. Opf.“ entgegennehmen. Dieses Kapitel war abgeschlossen. Ein neues konnte beginnen.

## Neue Schikanen

Aber wie hieß es im Vorschlag der Regierung? Man werde „auch weiterhin bemüht sein, über Schulleiter, Seminarleiter, Schulrat und auf jede sonst geeignete Weise sich darüber zu informieren...“ Was sie auch ausgiebig taten. Die Jahre und Jahrzehnte, die dann folgten, waren nicht lustig. Dienstliche Beurteilungen mit entsprechenden Bewertungen, Disziplinarverfahren und diverse sonstige Schikanen blieben nicht aus. Sie belasteten den schulischen Alltag, stärkten aber mein Verhältnis zu den Schülerinnen und Schülern, ebenso zu den Eltern. Wie hieß es doch in der dienstlichen Beurteilung vom Juli 1986: „Der Beamte vertritt seine Ansichten bestimmt und ordnet sich – z.T. mit Bedenken – dienstlich unter, sieht seine Dienstvorgesetzten jedoch skeptisch, kritisch-distanziert.“

Na ja, ganz so war das nicht mit allen Dienstvorgesetzten. Aber mit dem Schulrat/Schulamtsdirektor Langheinrich, der dies formuliert hatte, verband mich über viele Jahre eine gegenseitige tiefe Abneigung, die nicht zuletzt einen politischen Hintergrund hatte. Es ging nicht nur um unterschiedliche Auffassungen in verschiedenen Fragen der Bildungspolitik. Ich hatte diverse ehrenamtliche Funktionen in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auf verschiedenen Ebenen.

Meine Politisierung war nicht zuletzt geprägt vom Vietnamkrieg, dem Völkermord der US-Militärs und ihrer Verbündeten in Vietnam, ein Vorgehen, das von den herrschenden Kreisen hierzulande – vorsichtig formuliert – nicht infrage gestellt wurde. Diese Zusammenhänge offen zu thematisieren, war nicht gerade karrierefördernd. Genau vor 50 Jahren endete der dreißigjährige Krieg mit einer Niederlage der USA und Millionen Toten. Hat man etwas daraus gelernt?

HE

\* Der Vorwurf, dass ich „Mitglied des AStA-Vorstandes“, gewesen sein soll, zeigt, wie schludrig die bezahlten Schlapphüte gearbeitet haben. Zum einen war ich nie Mitglied des AStA (Allgemeiner Studentenausschuss). Und beim AStA gab es keinen Vorstand. Ich war Mitglied im Fakultätsrat, der hatte aber nichts mit dem AStA zu tun

## DER POLITISCHE FILM

In der Reihe *Der politische Film* zeigt die AG Film den zweiten Teil der Doku *Sold City* von Leslie Franke und Herdolor Lorenz:



12.6.25 | 20 Uhr

## Sold City 2

Der zweite Teil der Doku widmet sich dem System, das großen Wohnkonzernen erlaubt, mit der Miete hauptsächlich die Dividenden der Aktionäre zu finanzieren, und möglichen Alternativen. Vorgestellt wird dabei die Volksinitiative „Deutsche Wohnen & Co“, die die Enteignung solcher Konzerne fordert. Außerdem wirft die Doku einen Blick nach London, wo die Situation für Mieter:Innen extrem schlecht ist und nach Wien und Singapur, wo es Beispiele für eine mehr an den Mieterinteressen orientierte Politik gibt.

► [giks-dorfen.org/film](http://giks-dorfen.org/film)

# Termine

Mehr Infos zu den Terminen sowie mögliche Aktualisierungen gibt's auf ► [agi-dorfen.org/termine](http://agi-dorfen.org/termine)

1.5.25 | 11:00-12:30

**Kundgebung** des 1. Mai-Bündnisses Dorfen  
Ort: Unterer Markt, Dorfen

2.5.25 | 19:00

**80 Jahre Kriegsende - 2. Mai, Tag der Befreiung in Dorfen**  
Veranstaltung der Geschichtswerkstatt im Jakobmayer-Saal

2.5-11.5.25

**80 Jahre Kriegsende - Installation der Kunst AG**  
FR 15-19 Uhr, SA+SO 10-12 Uhr  
Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

5.5.25 | 20:00

**Arbeitstreffen der AGI**  
Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

8.5.25 | 20:00

► S. 7  
**Peppermint Frieden** - in der Reihe ‚Der politische Film‘  
Ort: Kinocafé Taufkirchen

12.5.25 | 20:00

**Offener Stammtisch der AGI**  
Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

18.5.25 | 13:00-20:00

**Offenes GIKS** - anlässlich des Johannisplatzfests stellen sich Gruppen und Initiativen vor  
Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

19.5.25 | 20:00

**Arbeitstreffen der AGI**  
Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

20.5.25 | 19:00

**„Kriegstüchtig werden“** - Vortrag von Pablo Flock von der IMI Tübingen  
Ort: Landshut, Rieblwirt

24.5.25 | 19:00

**Der Aufstieg der AfD** - Buchvorstellung der VVN  
Ort: Landshut, Rieblwirt

26.5.25 | 19:00

**Offener Stammtisch der AGI**  
Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

2.6.25 | 20:00

**Arbeitstreffen der AGI**  
Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

9.6.25 | 19:00

**Offener Stammtisch der AGI**  
Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

12.6.25 | 20:00

► S. 11  
**Sold City 2** - Doku in der Reihe ‚Der politische Film‘  
Ort: Kinocafé Taufkirchen

16.6.25 | 20:00

**Arbeitstreffen der AGI**  
Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

20.-22.6.25

**Tentaggi-Open-Air**  
Ort: Taggrub bei Eibach

23.6.25 | 19:00

**Offener Stammtisch der AGI**  
Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

26.6.25 | 20:00

**Oben Ohne: Wann werden Nippel zum Politikum?**  
Lesung und Diskussion mit Julia Fritzsche  
Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

30.6.25 | 20:00

**Arbeitstreffen der AGI**  
Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4



**GIKS**  
Laden für Geschichte,  
Internationalismus,  
Kultur und Solidarität

**Öffnungszeiten:**  
Freitag 15 bis 18 Uhr  
und bei Veranstaltungen

**Kirchtorplatz 4, Dorfen**  
[www.giks-dorfen.org](http://www.giks-dorfen.org)